

belgischen, indischen oder israelischen Unternehmen bearbeitet, die ihre Produktion aus Kostengründen nach China verlegen. (FT, 10.10.02; XNA, 21., 24.10.02) -bö-

35 Startschuss für Neuordnung der Luftfahrtindustrie

Seit Anfang des Jahres sind Pläne der Luftfahrtbehörde bekannt, die eine dramatische Neuordnung des Sektors bedeuten. Doch erst am 10. Oktober hat der Staatsrat die Zusammenlegung von neuen staatseigenen Fluggesellschaften zu drei großen Gruppen offiziell verkündet. Die heute schon größte Fluglinie China Southern soll künftig 34% Marktanteil erreichen. Nummer zwei wird die Air China mit 27%, Nummer drei die China Eastern mit 23% des chinesischen Luftverkehrsmarktes (s. C.a., 2002/6, Ü 22).

Die Umsetzung der Fusionspläne fordert große Anstrengungen seitens der beteiligten Unternehmen, etwa bei der Umstrukturierung der Schulden und dem komplizierten Austausch der Unternehmensanteile. Allein Letzteres dürfte bis zu drei Jahre in Anspruch nehmen. Durch die Zusammenlegungen wird es zu Arbeitsplatzverlusten kommen.

Die Fluggesellschaften könnten täglich bis zu 400.000 Passagiere befördern, doch die Kapazität ist nur bis zur Hälfte ausgelastet. Preiskämpfe drücken die Profitabilität der Unternehmen weit unter den internationalen Durchschnitt. Dennoch erwarten Prognosen eine dynamische Entwicklung des Luftverkehrsmarktes. Der US-Flugzeugbauer Boeing rechnet mit einer jährlichen Wachstumsrate von 9% in den nächsten zwanzig Jahren, dafür wären 1.900 neue Flugzeuge nötig. Gegenwärtig sind bei Chinas Fluglinien nur rund 400 Maschinen im Einsatz. Im vergangenen Jahr erwirtschaftete die Branche lediglich 83 Mio. US\$.

Ziel der Branchenreform ist es, durch Fusionen einige international konkurrenzfähige Unternehmen zu schaffen. Kritiker merken jedoch zu Recht an, das starke Unternehmen durch eine Verschmelzung mit schwachen Unternehmen kaum wettbewerbsfähiger würden. Aus diesem Grund hatten sich die Fluglinien noch vor zwei Jahren gegen Fusionen mit kleineren

Konkurrenten gewehrt. (FT, 10.10.02; HB, 10.10.02; NZZ, 10.10.02; SCMP, 5.11.02; ST, 5.11.02; XNA, 13.10.02) -bö-

Tabelle 4: Chinas drei größte Fluglinien nach der Neuordnung des Sektors

	Aktiva in Mrd. US\$	Flugrouten	Flugzeuge	Marktanteil in %*
China Southern	6	666	180	34
Air China	6,9	307	118	27
China Eastern	5,7	386	142	23

Quelle: XNA, 13.10.02; * HB, 10.10.02.

SVR Hongkong

36 Jährliche Regierungserklärung Tung Chee-hwas auf Anfang 2003 verschoben

Gemäß einer jahrzehntealten Tradition wird im Oktober jeden Jahres in Hongkong eine Regierungserklärung (*policy address*) abgegeben. Regierungschef Tung Chee-hwa hat bei seinem Amtsantritt im Jahr 1997 diese Tradition aus der kolonialen Vergangenheit übernommen und in den bisher vergangenen fünf Jahren jeweils pünktlich im Oktober seine Regierungserklärung verlesen. Seine öffentlichen Auftritte zu diesen Anlässen gaben ihm Gelegenheit, das Profil des Standorts Hongkong zu schärfen, neue politische Programme zu verkünden oder, wie in den vergangenen beiden Jahren, angesichts gedämpfter wirtschaftlicher Aussichten den Zusammenhalt der Bevölkerung zu beschwören.

In diesem Jahr nun wurde lapidar angekündigt, dass die sechste Regierungserklärung Tung Chee-hwas auf den Januar 2003 verschoben würde. Begründet wurde dieser Schritt nicht, was scharfer Kritik aus dem demokratischen Lager Tür und Tor öffnete. So spottete Martin Lee, der Führer der Demokratischen Partei, der Regierungschef bringe damit schlicht zum Ausdruck, dass er offenbar keine Politik für sein Volk habe. Dies sei umso bedauerlicher, als die Bevölkerung einige Monate nach seiner Bestellung für eine zweite Amtszeit als Regierungschef zu Recht neue po-

litische Inhalte erwarte, zumal seine „so genannte Wiederwahl“ im Frühjahr dieses Jahres keinerlei demokratische Plattform für eine öffentli-

che Debatte politischer Optionen geboten habe. Umso mehr hoffe Lee, dass Tung Chee-hwa die Vorschläge der Demokratischen Partei annehmen werde, die diese in einer 42-seitigen „Schatten-Regierungserklärung“ (*shadow policy address*) formuliert habe. Im Mittelpunkt dieser alternativen Regierungserklärung stehen Programme zur Stimulierung wirtschaftlichen Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Es steht zu vermuten, dass die nach wie vor kritische wirtschaftliche Lage der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Hauptgrund für die Verschiebung der offiziellen Regierungserklärung auf Anfang nächsten Jahres ist. Bereits im Oktober 2001 hatte Tung Chee-hwa offensichtlich Mühe, angesichts der trüben Wirtschaftsprognosen und der steigenden Arbeitslosigkeit einen optimistischen Tenor beizubehalten (vgl. C.a., 2001/10, Ü 30/31). Seither hat sich weder die Wirtschaftslage signifikant verbessert, noch hatte seine im Juli dieses Jahres neu gebildete Regierungsmannschaft (vgl. C.a., 2002/7, Ü 30) ausreichend Gelegenheit, ein konsistentes Reformpaket zu schnüren. Daher dürfte Tung es vorziehen, einige Monate Zeit zu gewinnen, bevor er wiederum mit programmatischen Inhalten an die Öffentlichkeit tritt.

Vor allem aber hat das Haushaltsdefizit der SVR im zweiten und dritten Quartal 2002 mit 70,8 Milliarden HKD eine Rekordhöhe erreicht. Die internationale Rating-Agentur Standard & Poor hat daraufhin die Aussichten für die Wahrung der Währungsstabilität von „stabil“ auf „schlecht“ herabgestuft – ein Schritt, der die internationale wie

auch die Hongkonger Öffentlichkeit aufgerüttelt haben dürfte. Da es in dieser Situation für die Regierung nicht länger möglich ist, mit Kompensationsangeboten und Versprechungen zur Linderung wirtschaftlicher und sozialer Notstände aufzutreten, könnte die Verschiebung der Regierungserklärung eine kurzfristige Maßnahme zur Gesichtswahrung darstellen. (www.policyaddress.gov.hk/index.htm; Radio Television Hong Kong, Radio 3, 14.10.02, nach BBC PF, 15.10.02; www.dphk.org; ST, 26.10.02; SCMP, 31.10.02) -hol-

37 Einschränkung der Presse- und Religionsfreiheit befürchtet

Die Kritik an den Vorschlägen der Hongkonger Regierung zur Abfassung eines Anti-Subversions-Gesetzes (vgl. C.a., 2002/9, Ü 30) hält an. Die vor allem in akademischen Kreisen, von Medienvertretern, Rechtsanwälten, Kirchengruppen und NGOs geäußerten Befürchtungen wurden dabei durch Äußerungen von Regierungsmitgliedern eher noch gefördert als beruhigt.

Pressevertreter sehen vor allem in den Bestimmungen zur Volksverhetzung und zum Diebstahl von Staatsgeheimnissen Gefahren für ihre Arbeit; die vorgesehene Höchststrafe beträgt im ersten Fall lebenslange Haft. Während die Journalisten die Klauseln zur Volksverhetzung schlicht für antiquiert, vor allem aber für zu unspezifisch und damit für im Interesse Beijings interpretierbar halten, ist die Regierung explizit der Ansicht, dass die nationale Sicherheit auch durch mündliche oder schriftliche Äußerungen gefährdet werden könne. Aber nicht die Wiedergabe von Meinungen werde strafbar sein, sondern nur das Anstacheln Anderer zu Verrat, Aufruhr oder Gewalt – und dies stehe durchaus im Einklang mit dem Internationalen Abkommen über bürgerliche und politische Rechte.

Im Falle des Geheimnisverrats verweisen die Kritiker zum einen auf die entsprechenden Fälle in der Volksrepublik, bei denen Journalisten oder Menschenrechtsaktivisten zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, zum anderen sehen sie eine Gefahr in der Ergänzung von im britischen Recht be-

kannten strafbaren Kategorien (z.B. Verrat von Geheimnissen im Bereich Sicherheit und Verteidigung oder internationale Beziehungen) um die verbotene Weitergabe von „Informationen, die die Beziehungen zwischen der Zentralmacht in der VRCh und der SVR Hongkong betreffen“. Gerade diese Beziehungen seien für Hongkong und seine Zukunft außerordentlich wichtig; da es hier aber nur sehr wenig abgesicherte Informationen gebe, laufe ein Berichterstatter stets Gefahr, „Geheimnisse“ zu verraten.

Problematisch bei der Beurteilung der Regierungsaussagen ist, dass der genaue Wortlaut des Gesetzesentwurfs nicht bekannt ist. Zu diesem wolle die Regierung, so soll die Ministerin für Sicherheit Regina Ip geäußert haben, nur Rechtsexperten konsultieren, jedoch nicht „Taxifahrer, Restaurantkellner und McDonalds-Personal“. Zur Beruhigung der Kritiker hat sicherlich auch nicht ihre später eingeschränkte Äußerung beigetragen, Demokratie sei auch kein Allheilmittel für den Schutz von Rechten; denn schließlich sei Hitler auch in einer Demokratie an die Macht gekommen. Auch die Justizministerin Elsie Leung schürte die Unsicherheit durch die Aussage, ein in der VR China inhaftierter Reporter habe, da er seine Quellen nicht angab, die Informationen gestohlen.

Befürchtungen, das vorgeschlagene Gesetz könne gegen die katholische Kirche genutzt werden, da sie katholische Gruppen in China unterstütze, die dort rechtlich geächtet seien, hat deren neues Oberhaupt Bischof Joseph Zen geäußert. Die Regierungsvorschläge richten sich nämlich auch gegen Gruppen, die Kontakt zu Organisationen in China haben, die dort als Bedrohung für die nationale Sicherheit gelten. Bischof Zen folgte Kardinal Wu, der im September verstorben ist, als Oberhaupt der Katholiken. Er gilt als deutlicher Kritiker von Menschenrechtsverletzungen, hatte der Hongkonger Regierung gegenüber aber zunächst eine deutlich konziliantere Haltung gezeigt als sein Vorgänger. (WSJ, 3., 10., 28., 30.10.02; *Sunday Morning Post*, 29.09.02, nach BBC PF, 30.09.02; Radio Television Hong Kong, 05.10.02, nach BBC PF, 06.10.02) -gs-

38 Super-Universität vorge schlagen

Der Vorschlag des neuen Hongkonger Ministers für Erziehung, Arbeitskraft und Ausbildung Prof. Arthur Li am 5. Oktober, die Chinese University of Hong Kong (CUHK) mit der Hong Kong University of Science and Technology (HKUST) bis spätestens 2008 zusammenzulegen, ist nicht auf uneingeschränkten Beifall gestoßen. Zwar zitierte die chinesische Xinhua Nachrichtenagentur verschiedene zustimmende Stimmen, darunter die der Vizekanzler der beiden Universitäten, und betonte, die neue „star university“ werde sich dann in die Reihe der Universitäten Beijing, Qinghua, Yale und Harvard einreihen können. Vom Higher Education Resources Organizer (www.hero.edu.hk, Meldung vom 7.11.02) werden dagegen verschiedene Kritiker des Vorschlags zitiert, darunter die der Präsidenten anderer Hongkonger Hochschulen. Sie beklagen, über die Pläne nicht informiert worden zu sein, betonen die Autonomie ihrer eigenen Universitäten und fordern die Einhaltung des Prinzips der Freiwilligkeit. Sogar Prof. Paul Chu, Präsident der HKUST und von Li als Präsident der neuen Universität ins Spiel gebracht, verwies in einem offenen Brief auf den nur vorläufigen Charakter der Diskussion.

Pikanterweise hatte Prof. Li den Vereinigungsvorschlag schon einmal vorgebracht, als er selbst noch Vizekanzler der CUHK gewesen war. Er hatte damit auf den Bericht des University Grants Committee zum Höheren Bildungswesen reagiert, in dem u.a. empfohlen worden war, die begrenzten finanziellen Mittel gezielt auf eine kleine Zahl von Hochschulen zu konzentrieren, um so international konkurrenzfähige Spitzeneinrichtungen zu schaffen. Der Bericht des UGC war am 26. März 2002 veröffentlicht und bis Ende Juli öffentlich zur Diskussion gestellt worden (er befindet sich im Internet unter www.ugc.edu.hk/english/documents/UGCpubs/her_e.html). Aufbauend auf einer ebenfalls vom UGC durchgeführten Studie von 1996 werden die dramatischen Veränderungen in der tertiären Bildung beschrieben, die neuen Herausforderungen (u.a. durch den technologischen Wandel) geschildert und Emp-

fehlungen für die Bildungspolitik geben. So sollen die öffentlichen und privaten Quellen der Bildungsfinanzierung weiter diversifiziert, leistungsfähige Bereiche stärker gefördert, die sekundären und tertiären Bildungsinstitutionen enger miteinander verzahnt sowie unter Beibehaltung der Einheit von Forschung und Lehre erfolgreiche Forschungen mehr unterstützt werden. Das Ziel ist dabei internationale Wettbewerbsfähigkeit auf der einen und die Hinwendung zur Massenuniversität auf der anderen Seite; denn generell konstatierte die UGC-Studie ein niedrigeres durchschnittliches Bildungsniveau Hongkongs im Vergleich zu entwickelten Ländern. „Wir brauchen Qualitätsabsolventen, eine starke Forschungskultur und mehr Raum für Neuzugänge“, erklärte Dr. Alice Lam, Vorsitzende des UGC, bei der Vorstellung des Bildungsberichts. (XNA, 10.10.02; www.ugc.edu.hk/english/documents/press/her2603e.html; www.info.gov.hk/gia/general/200210/12/1012189.htm) -gs-

SVR Macau

39 Regierungschef Edmund Ho besucht Südkorea

Edmund Ho stattete vom 15. bis 17. Oktober auf Einladung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel Choi Sung-hong der Republik Korea einen offiziellen Besuch ab. Zu seiner Begleitung gehörten die Präsidentin der Legislativversammlung Susana Chou und der Sekretär für Wirtschaft und Finanzen Francis Tam. Der Besuch diente vor allem der Stärkung der Zusammenarbeit im Tourismusbereich. Tourismus- und Glücksspielindustrie sind die tragenden Säulen der Wirtschaft Macaus. Nach Aussage von Fernando Chui Sai On, Sekretär für soziale Angelegenheiten und Kultur, trugen sie im letzten Jahr 55% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Regierungsvertreter und Wirtschaftler nehmen an, dass es in diesem Jahr 70% sein werden. Gegenwärtig sind 35% der Bevölkerung Macaus (435.000 Einwohner) im Tourismusbereich und in damit verbundenen Industriezweigen beschäftigt.

Am 16. Oktober wurde Edmund Ho von Präsident Kim Dae-jung empfangen. Ferner traf er mit Choi Sung-hong, dem Minister für Handel, Industrie und Energie Shin Kook-hwan und mit Lee Yun-taek, Präsident des südkoreanischen Olympischen Komitees, zusammen. Gegenüber Choi pries Edmund Ho Südkoreas schnelle Erholung von der Asienkrise und die erfolgreiche Austragung der Fußballweltmeisterschaft und der Asienspiele. Macau, das 2005 Gastgeber der IV. Ostasienspiele ist, könne von Südkoreas Erfahrungen bei der Organisation sportlicher Großveranstaltungen nur lernen. Edmund Ho hob hervor, dass Macau südkoreanischen Unternehmen als Plattform für den Zugang zum chinesischen Markt, insbesondere zum Perlfussdelta, dienen könne. Diese Rolle Macaus unterstrich auch Präsident Kim. Nach den jahrzehntelangen Investitionen südkoreanischer Unternehmer im Norden Chinas seien sie jetzt erpicht, im Zhujiang-Delta zu investieren. Ho gab bekannt, dass eine Delegation von Regierungsbeamten und Geschäftsleuten aus Macau in Kürze Südkorea besuchen werde, um diese Funktion Macaus als Sprungbrett zu erörtern. Auch die Möglichkeit, dass südkoreanische Unternehmer über Macau Wirtschaftsverbindungen mit den portugiesischsprachigen Ländern knüpfen könnten, wurde zwischen Kim und Ho erörtert.

Auf Edmund Hos Programm stand auch die Besichtigung von Unternehmen in Wolsan und auf der Insel Cheju. Während seines Besuchs wurde zwischen den beiden Regierungen eine Vereinbarung über die Ausdehnung des visafreien Besuchszeitraums von 30 auf 90 Tage erzielt. Der Regierungschef eröffnete ferner die „Macau-Woche“ des Tourismusamtes der Regierung der SVRM. (RMRB, 9.10.02; XNA, 24.9., 10.10.02; Macau Government Information Bureau, www.gcs.gov.mo, 7., 15., 16., 17.10.02; SCMP, 25.10.02) -ljk-

40 Regierung plant Erlass eines Anti-Subversions-Gesetzes

Auch die Regierung der SVR Macau plant – wie die der SVR Hongkong (s. C.a., 2002/9, Ü 30) – zur Umsetzung des Artikels 23 des *Basic*

Law, des Grundgesetzes von Macau, den Erlass eines Anti-Subversions-Gesetzes. Ausgerechnet am 1. Oktober, dem Nationalfeiertag der VR China, verkündete die Sekretärin für Verwaltung und Justiz Florinda da Rosa Silva Chan, dass die Regierung mit dem Entwurf eines solchen Gesetzes beginne. Der Entwurf werde der Legislativversammlung Anfang nächsten Jahres vorgelegt werden. Er solle für eine klare Definition der in Artikel 23 aufgeführten Handlungen sorgen. Es wird auch eine öffentliche Konsultation über das Gesetz geben. Artikel 23 des Grundgesetzes von Macau und des Hongkonger Grundgesetzes sind im Wortlaut identisch: „Die SVR Macau erlässt selbst Gesetze, um jeden Akt von Landesverrat, Abspaltung, Volksverhetzung und Subversion gegen die Zentrale Volksregierung oder den Verrat von Staatsgeheimnissen zu verbieten, ausländischen politischen Organisationen oder Gesellschaften zu verbieten, in der Region politische Aktivitäten durchzuführen, und politischen Organisationen oder Gesellschaften zu verbieten, Beziehungen mit ausländischen politischen Organisationen oder Gesellschaften zu knüpfen.“ (C.a., 1993/5, S.494)

Die Verwaltungs- und Justizsekretärin betonte, dass die Regierung verpflichtet sei, selbst Gesetze zu erlassen, um jedweden Akt gegen den Staat zu verbieten. Das nationale Recht der VR China ist ja gemäß des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ nicht auf die SVR Macau anwendbar. Gleichzeitig werde die Regierung aber, so Florinda Chan weiter, weiterhin die im Grundgesetz festgelegten Freiheiten und Rechte der Bürger, wie Rede- und Pressefreiheit, garantieren. Artikel 27 des Grundgesetzes garantiert die Rede-, Presse- und Publikationsfreiheit, die Vereinigungs-, Versammlungs-, Prozessions- und Demonstrationenfreiheit, das Recht und die Freiheit zur Gründung von und Mitgliedschaft in Gewerkschaften sowie das Streikrecht (s. C.a., 1993/5, S.495). Florinda Chan wies darauf hin, dass Artikel 40 des Grundgesetzes (s. ebenda) die Wirksamkeit des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Macau sichergestellt habe. Anders als in der ehema-